

Rückmeldung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Forderungen der GEW Bremen zu den Bürgerschaftswahlen:

1. Wiederbesetzung jeder frei werdenden Stelle in den Schulen und KiTas

Trotz knapper Kassen und einer massiven Haushaltsnotlage ist es für das Land Bremen wichtig, in Bildung zu investieren.

Bremen verfügt nicht über Bodenschätze und ist auf die Ressource Wissen angewiesen. Gute Bildungsangebote sind ein wichtiger Standortfaktor und entscheiden somit auch über die Wettbewerbsfähigkeit Bremens.

Die rot-grüne Koalition hat von Beginn an mit ihrem Regierungsprogramm einen deutlichen Schwerpunkt in den Bereichen Bildung und Soziales gesetzt. 2007 und 2008 sind mehr als 50 Mio. Euro im Haushalt zugunsten von Kindern und Jugendlichen umgeschichtet worden.

Für 2010/2011 sind 33 Millionen für das Schwerpunktprogramm vorgesehen, um die Startchancen von Kindern zu verbessern. Damit wird das Betreuungsangebot weiter ausgebaut. Annähernd 16 Millionen Euro stehen im Bildungsbereich zusätzlich für die Schulentwicklung, den flächendeckenden Sprachtest bei fünfjährigen Kindern und der anschließenden Förderung bereit. Außerdem sind Mittel für den Ausbau der Ganztagschulen veranschlagt. Die bisherigen Schwerpunkte wie das kostenlose Mittagessen für GrundschülerInnen, die Verbesserung der Lehre an den Hochschulen oder auch der Kindeswohl-Bereich bleiben erhalten.

Im Kita-Bereich hat die Koalition dafür gesorgt, dass es zu einem Qualitätsschub in den Einrichtungen kommt, dafür wurde der Personalschlüssel signifikant verbessert. Bremen liegt im Ländervergleich mit der Ausstattung an Fachkräften im Kita-Bereich stark verbessert auf einem vorderen Platz.

Im Personalbereich erfolgte seit 2007 eine Schwerpunktsetzung bei LehrerInnen und PolizistInnen. 1000 frei werdende LehrerInnenstellen wurden wiederbesetzt. Damit verbessert sich die SchülerInnen/LehrerInnen-Relation. Die Wiedereinführung der Altersteilzeit für Lehrkräfte ermöglicht derzeit, den Generationenwechsel an den Schulen zu gestalten. Die Ausbildungszahlen bei den ReferendarInnen wurden erhöht.

Die rot-grüne Koalition in Bremen hat viel im Bereich Bildung und Soziales bewegen können. Diesen Weg gilt es fortzusetzen, wenngleich die finanzielle Situation Bremens dazu führt, dass nicht alles das, was wünschenswert wäre, auch umgesetzt werden kann. Wir werden uns als Grüne dafür stark machen, dass es weiterhin einen Schwerpunkt in den Bereichen Bildung und Soziales auch in der kommenden Legislatur gibt.

2. Senkung der Arbeitsbelastung

Die Gesundheit von Lehrkräften und pädagogischen Fachkräften ist wichtig. Deshalb nehmen wir Belastungsanzeigen ernst.

Die Qualität der Arbeit in den Schulen hängt zentral davon ab, dass das Kollegium genügend Zeit und adäquate Arbeitsbedingungen für die komplexen Aufgaben und Anforderungen im Schulalltag hat. 1000 Stellen wurden an den Schulen komplett wiederbesetzt und die Wiedereinführung der Altersteilzeit für Lehrkräfte beschlossen.

Wir haben die Schulen in dieser Legislatur an wichtigen Stellen entlastet: es wurden im Rahmen der Schulentwicklung Stunden zur Schulentwicklung für die Planungsteams bereitgestellt. Die Grundschulleitungen werden mit zusätzlich zwei Stunden Leitungszeit entlastet.

Auch die erfolgte Absenkung der Klassenfrequenzen und Festlegung von Kapazitäten in den Grundschulen, Oberschulen und Gymnasien soll der Entlastung dienen. An den Schulen setzen wir stärker als bisher auf die Arbeit in Jahrgangsteams.

Die Rücknahme der U-50-Stunden ist vor dem Hintergrund der Haushaltslage Bremens nicht darstellbar.

3. Priorität der Nachwuchsförderung

Der Generationenwechsel an den Schulen läuft auf Hochtouren. Deshalb gibt es nun vier Einstellungstermine für Referendarinnen und Referendare im Jahr. Der Übergang zwischen Studium und Job wird damit verbessert. Bei den Einstellungen ist es uns wichtig eine gute Mischung der Altersstruktur zu erreichen, was durch den langen Einstellungsstopp der Vergangenheit nicht leicht ist.

Rot-Grün hat, um den Nachwuchs an Schulen zu fördern, zusätzlich aus kommunalen Mitteln der Stadt Bremen weitere ReferendarInnen eingestellt. Die Kommune Bremerhaven und die dort regierende rot-schwarze Koalition sind dem nicht gefolgt. Diese Aufstockung dient auch der Bedarfsdeckung in Mangelfächern. An der Uni Bremen werden Teile der Inhalte des Studiengangs Behindertenpädagogik im Bachelor und Master des jetzigen Lehramtsstudiums angeboten.

Um dem Lehrermangel in den Fächern Spanisch, Physik und Chemie in der Sekundarstufe I sowie in den beruflichen Fachrichtungen Metalltechnik, Chemietechnik, Gestaltung/Oberflächentechnik und Wirtschaftswissenschaft zu begegnen, haben wir die Möglichkeit eröffnet, eine Gleichstellung eines Hochschuldiploms mit einer Ersten Staatsprüfung für das Lehramt zu erwerben und die weitere pädagogische Ausbildung am Landesinstitut für Schule und an Bremer Schulen zu absolvieren. Für das laufende Schuljahr haben 35 Akademikerinnen und Akademiker die Gleichstellung erreicht.

Wir Grünen wollen gezielt mehr Migrantinnen und Migranten für das Lehramt und für soziale Berufe gewinnen. Durch landesrechtliche Regelung wird Bremen zusätzlich im Ausland erworbene Abschlüsse leichter anerkennen, damit Migrantinnen und Migranten in Bremen entsprechend ihrer wirklichen Qualifikation arbeiten können.

4. Den Schulreformprozess positiv gestalten – begangene Fehler korrigieren

Die mehr als einjährige Arbeit des Fachausschusses Schulentwicklung hat 2008 positive Ergebnisse zur Verbesserung der Schullandschaft gebracht, 19 umfangreiche Empfehlungen wurden vorgelegt.

Durch eine umfassende Schulreform wurde die Vielgliedrigkeit des Schulsystems aufgehoben und ein System aus Oberschulen und Gymnasien eingeführt, in dem alle Kinder gemeinsam miteinander erfolgreich lernen können.

Bremen setzt als erstes Bundesland die UN- Konvention zur Gleichberechtigung behinderter Menschen um, und geht damit entscheidende Schritte zu einer Schule für alle. Dies ist eine große Herausforderung und Aufgabe für alle Beteiligten, die wir miteinander gestalten wollen.

Die Umsetzung einer guten inklusiven Schule, die konsequente Verbesserung der Qualität des Unterrichts und eine engere Verzahnung mit der frühkindlichen Bildung bleiben für uns wichtige Themen. Wir wollen, dass es künftig keinen Abschluss mehr ohne Anschluss für die Jugendlichen gibt.

Hieraus leiten sich eine Vielzahl an Aufgaben für die kommenden Jahre ab, da eine Bildungs- und Schulreform nicht auf Knopfdruck und Anordnung gelingt, sondern langen Atem und den Dialog braucht.

Wir wollen insbesondere die SchülerInnen an der Schulentwicklung mehr beteiligen. Schule soll ein demokratischer Ort sein, SchülerInnen, Eltern und die LehrerInnenteams sollen regelmäßig befragt werden und zum Schul- und Lernklima ein Feedback geben können. Die bremische Schulentwicklung braucht das produktive und konstruktive Zusammenwirken aller Akteure. Dazu sind der Dialog und die Auseinandersetzung wichtig. Aus grüner Sicht sollte das Schulverwaltungsgesetz mit Blick auf die Rolle der Schulleitung und Beteiligungsstrukturen der Schulgremien evaluiert und weiterentwickelt werden.

5. Frühe Bildung ernst nehmen

Das Angebot an Kindergarten- und Krippenplätzen muss aus Sicht der Grünen an die besonderen Bedürfnisse der Kinder und ihrer Eltern angepasst sein. Dabei ist neben einer frühzeitigen Förderung der Kinder in Kindergärten die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein wichtiger Aspekt. Das heißt, man braucht ein differenziertes Angebot an Kindertageserziehung. Die Planungen und das Angebot müssen für die Eltern transparent sein.

Im März 2010 hat Rot-Grün einen massiven Ausbau von Krippenplätzen für die Jahre 2010 und 2011 beschlossen. Dies bedeutete fast 650 neue Plätze für unter 3-jährige Kinder. Des Weiteren wurden zusätzlich weitere Plätze bei Tagesmüttern und –vätern geschaffen. Außerdem wurde im Februar 2010 ein Ausbau von Kindergartenplätzen in Stadtteilen mit steigenden Kinderzahlen bewilligt. Dies umfasste eine Größenordnung von insgesamt 577 zusätzlichen Plätzen bis 2012.

Auf die Betreuung von Kindern über 3 Jahre besteht ein Rechtsanspruch, der zunehmend eingelöst wird. Insbesondere für die Dreijährigen steigt die Nachfrage. Bei den Fünfjährigen – ein Jahr vor der Einschulung – haben wir fast 100 % der Kinder in der Kindertageserziehung. Derzeit bietet Bremen 13 600 Plätze für Drei- bis Sechsjährige.

Weitere Anstrengungen sind auch in der nächsten Legislaturperiode nötig. Dabei muss sich der Bund beteiligen. Es kann nicht sein, dass er alle Kosten auf die Kommunen abwälzt. Ziel ist es, dass bis 2013 für 35 Prozent der null- bis dreijährigen Kinder Betreuungsplätze bereitgestellt werden. Die erhöhte Betreuungszeit und verlässliche Ferienbetreuung sind beschlossen. Ebenso wie verbindliche Sprachtests und die kontinuierliche Sprachförderung. Alle bedürftigen Kita- und Hort-Kinder bekommen ein kostenloses Mittagessen. Wir haben auch die sogenannte Großpflegestelle ermöglicht. Tagesmütter und -väter dürfen nun fünf Kinder gleichzeitig in kindgerechten Räumen betreuen. Das schafft mehr Flexibilität gerade für Eltern, die darauf angewiesen sind.

Die Kindergärten profitieren mit 11 Millionen Euro vom Konjunkturpaket. Das Geld ermöglicht neue Räume, größere Spielplätze und leistungsfähigere Küchen. Wir halten zudem am Impulsprogramm fest, aus dem u.a. die Sanierung und Umgestaltung von Spielplätzen und Pausenhöfen in den Stadtteilen finanziert werden. Intakte Spielplätze sind eine Voraussetzung, um dem Bewegungsmangel von Kindern entgegen zu wirken.

Zur Schaffung von Plätzen für unter 3-jährige Kinder hat Bremen in den Jahren 2010/11 rund 7,8 Millionen Euro investiert. Kein anderes Bundesland hat in den beiden Vorjahren so viele Investitionsmittel beim Bund abgerufen wie Bremen. Der Ausbau der Kinderbetreuung hat für uns weiterhin hohe Priorität. Das macht eine Zahl deutlich: Während Bremen 2006 für diesen Bereich rund 81 Millionen Euro ausgegeben hat, sind es heute 115 Millionen Euro.

Unser Ziel ist es, bis 2013 in einem ersten Schritt eine Betreuungsquote von 35 Prozent für Kinder unter drei Jahren zu erreichen. Dabei ist es wichtig, dass die Bedarfe in den einzelnen Stadtteilen zielgenau gedeckt werden können. Mit grüner Regierungsbeteiligung hat Bremen für zusätzliche Vollzeitkräfte und mehr Plätze für Kinder unter drei Jahren gesorgt. Damit Kinder in den benachteiligten Stadtteilen stärker gefördert werden, verfügen die dortigen Kitas über mehr Personal.

Im Bereich der Erziehung, Betreuung und Förderung von Kleinkindern wenden wir jährlich 26,5 Millionen Euro auf, der eingeschlagene Weg ist richtig und muss fortgesetzt werden. Wir wollen die ErzieherInnenausbildung neu gestalten, sind Vorreiter bei der Ausbildung von ElementarpädagogInnen mit universitärem Abschluss und wir wollen die Frühförderung auch gesetzlich in die Tageserziehung in einem neuen Bremischen Kinderförderungsgesetz einbinden.

6. Der sozialen Spaltung entgegenwirken

Die Bereiche Bildung und Soziales stehen in der Prioritätensetzung von Rot-Grün in der laufenden Legislatur ganz oben. Das wollen wir fortsetzen. Ziel grüner Politik ist es, den Zusammenhang zwischen Einkommen der Eltern und Bildungsstand von Kindern weiter zu verringern. Außerdem soll die hohe Zahl von SchulabbrecherInnen reduziert werden. Um der sozialen Spaltung entgegen zu wirken, müssen Schulen in den Stadtteilen attraktiv sein. Schulen und Kindergärten in schwieriger Lage müssen unterstützt werden, sie können die Probleme nicht alleine lösen. Stadtteilentwicklung ist für uns Grüne auch Schulentwicklung. Wer gezielt den Stadtteil unterstützt, unterstützt gleichermaßen die Schulen im Stadtteil. Eine Möglichkeit hierfür bieten etwa die Quartiersschulen. So wurden in den Ortsteilen Blockdiek, Gröpelingen und Mittelhuchting Quartiersbildungszentren eingerichtet, die eine verbesserte Zusammenarbeit von Ganztagschule, Soziales und dem Quartier ermöglichen.

Außerdem ist es aus grüner Sicht wichtig, dass möglichst viele SchülerInnen auch einen guten Schulabschluss haben. Sie brauchen individuelle Lern- und Unterstützungsangebote, damit sie nach erfolgreichem Schulabschluss auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt Fuß fassen können. Die Einführung der Werksschule, gezielte Fördermaßnahmen für einzelne SchülerInnen und ein durchlässigeres Schulsystem erleichtert es SchülerInnen, erfolgreich in der Schule zu sein.